

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5428

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5428



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**SIE ERBEN
MILLIARDEN,
WIR DIE
KRISEN!**



**SUPERREICHE
STOPPEN!**

JA

**ZUR INITIATIVE FÜR
EINE ZUKUNFT**

ARGUMENTARIUM

INHALT

HAUPTARGUMENTE	4
Milliarden fürs Klima	4
Verantwortliche zur Kasse bitten	4
Vermögensungleichheit bekämpfen	5
Kein Klimaschutz ohne soziale Gerechtigkeit!	5
 KLIMAKRISE: JETZT HANDELN!	 6
Alles steht auf dem Spiel – das riskieren wir	6
 DIE WURZEL DES PROBLEMS	 8
Die Ursache der Klimakrise ist klar	8
Die Verantwortlichen	9
Klimafrage und soziale Gerechtigkeit	10
 DIE BÜRGERLICHE KLIMAPOLITIK HAT VERSAGT	 12
 VERMÖGENSUNGLEICHHEIT – GEFAHR FÜR KLIMA UND DEMOKRATIE	 14
 DIE INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT	 16
Reiche besteuern, Klima und Demokratie beschützen	16
Warum eine nationale Erbschaftssteuer?	17
50/50 – Was bedeutet das?	18
Ziehen dann nicht alle Superreichen weg?	19
Werden mit der Initiative Familien- unternehmen zerstört?	20
Wo das Geld investiert werden soll	21
Nachhaltiges Wohnen	21
Arbeiten	21
Öffentliche Dienstleistungen	22
Umbau der Wirtschaft	22

DIE INITIATIVE IN ALLER KÜRZE

Klimakrise, Vermögensungleichheit und Demokratieabbau sind die grössten Herausforderungen unserer Zeit. Superreiche zerstören mit ihren Privatjets und klimaschädlichen Investitionen unsere Umwelt und kaufen sich politische Macht und Einfluss. Über Generationen hinweg wachsen ihre Vermögen rasant und richten immer grösseren Schaden an. Die Reichsten verursachen in wenigen Stunden mehr Emissionen als eine durchschnittliche Person in ihrem ganzen Leben. Die Superreichen und ihre Milliarden haben die Klimakrise zu verantworten und sollen deshalb auch mehr für die Bekämpfung dieser Krise bezahlen als die breite Bevölkerung. Wir müssen unsere Demokratie schützen und unsere Lebensgrundlagen sichern. Mit der Besteuerung von Mega-Erbschaften beschaffen wir dringend benötigte Milliarden für sozial gerechte Klimaschutzmassnahmen und dämpfen die Vermögensungleichheit ein.

Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Freibetrag von 50 Millionen CHF und

einem Steuersatz von 50 % bringt die nötigen Milliarden für die sozial gerechte Bekämpfung der Klimakrise. Durch die gezielte Besteuerung von Mega-Erbschaften werden Superreiche für ihre Klimaverschmutzung zur Verantwortung gezogen. Die Initiative hat also keine Auswirkungen auf Erbschaften und Schenkungen unter 50 Millionen CHF. Nur knapp 2'500 Personen oder 0,05 % der Steuerzahler*innen sind von der Initiative betroffen. Gegen Steuerumgehung, insbesondere durch Wegzug, sieht der Initiativtext griffige Massnahmen vor.

Die Initiative für eine Zukunft bringt so jährlich ca. 6 Milliarden Franken ein, die ausschliesslich für die Bekämpfung der Klimakrise und für den ökosozialen Umbau der gesamten Wirtschaft verwendet werden. Konkrete Klimaschutzmassnahmen sollen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und öffentliche Dienstleistungen umgesetzt werden, ohne ständig das Portemonnaie der breiten Bevölkerung zu belasten. Sozial gerechter Klimaschutz, steuerlich gerecht finanziert!

HAUPTARGUMENTE

Milliarden fürs Klima

Die Schweiz macht viel zu wenig für den Klimaschutz. Heute werden vom Bund nur rund zwei Milliarden CHF ausgegeben. Doch selbst um die unambitionierten Klimaziele des Bundes für 2050 zu erreichen, müsste die öffentliche aber auch die private Hand deutlich mehr Geld investieren – zusammen rund 11 Milliarden CHF pro Jahr zusätzlich. Der Bund macht aber das Gegenteil und will mit den neuen Sparplänen mehrere hundert Millionen streichen.

Mit der Initiative würden neu jährlich durchschnittlich rund 6 Milliarden CHF für sozial gerechte Klimaschutzmassnahmen bereitstehen. Dieses Geld ist zweckgebunden, es darf also beispielsweise nicht in neue Kampffjets investiert werden. Ohne die Mehreinnahmen aus der Zukunftssteuer müsste die breite Bevölkerung immer mehr für die Bekämpfung der Klimakrise aber auch deren Folgen bezahlen. Das wollen wir nicht.

Verantwortliche zur Kasse bitten

In der Schweiz verursacht ein Superreicher in wenigen Stunden mehr CO₂ als der Durchschnitt im Leben. Die Pro-Kopf-Emissionen bei den unteren und mittleren Einkommensklassen sind in den letzten 30 Jahren stetig gesunken, bei den Reichsten aber um 30 % gestiegen. Laut dem im Gesetz und in der Verfassung verankerten Verursacherprinzip müssten die grössten Klimasünder*innen auch einen höheren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Vermögensungleichheit bekämpfen

Das Vermögen der 300 Reichsten hat sich in den letzten 20 Jahren auf heute unvorstellbare 833'500'000'000 Franken verdoppelt, während die Löhne der breiten Bevölkerung stagnieren. Dabei handelt es sich um leistungsloses Einkommen. 80 % davon wurde in Form von Mega-Erbschaften über Generationen weitergegeben. Mit diesen geerbten Milliarden wird grosser Schaden angerichtet – durch klimaschädliche Investitionen, Privatjets und Yachten aber auch durch den Kauf von politischer Macht und Einfluss.

Kein Klimaschutz ohne soziale Gerechtigkeit!

Die Bekämpfung der Klimakrise ist kein grünes «Business as usual». Das aktuelle Wirtschaftssystem ist auf schnelle Profite für einige wenige ausgelegt und strebt grenzenloses Wachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen an. Das ist nicht vereinbar mit Nachhaltigkeit, weshalb wir unser Wirtschaftssystem langfristig umbauen müssen. Die Initiative will sozial gerechte Klimaschutzmassnahmen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Service public realisieren. Arbeitsplatzsicherungs- und Weiterbildungsprogramme, der Ausbau von nachhaltiger Mobilität, Gebäudesanierungsprogramme: All das ist für einen lebenswerten Planeten zwingend nötig – und kostet Milliarden.

Während die breite Bevölkerung konsequent CO₂-Abgaben bezahlt, können sich die Reichsten teilweise einfach davor drücken. Auch sonst treffen Verteuerungen von klimaschädlichem Verhalten in erster Linie die Normalverdiener*innen, während die Reichsten weiter um die Welt jetten.

Es wird Zeit, dass nicht mehr die breite Bevölkerung für alles bezahlen muss, sondern die verantwortlichen Superreichen zur Kasse gebeten werden.

KLIMAKRISE: JETZT HANDELN!

Alles steht auf dem Spiel – das riskieren wir

Die Klimakrise ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Sie ist keine ferne Bedrohung, sondern bereits heute Realität. Ihre Auswirkungen sind spürbar und erreichen zunehmend dramatische Ausmasse. Gesundheit, Ernährungs- und Wassersicherheit sowie unsere Gesellschaft und Wirtschaft sind massiv betroffen. Ganze Regionen werden unbewohnbar, während Konflikte um knapper werdende Ressourcen weiter zunehmen. Neue Krankheiten entstehen, Pandemien häufen sich und die menschliche Gesundheit wird zusätzlich durch immer häufigere und tödlichere Hitzewellen belastet. Klimabedingte Katastrophen wie Überschwemmungen, heftige Unwetter oder Bergstürze treten häufiger auf und richten verheerende Schäden an.

Schon heute haben die Folgen der Klimakrise zahlreiche Todesopfer gefordert und Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Im Verlauf dieses Jahrhunderts wird sich diese Zahl dramatisch erhöhen.

Auch in der Schweiz sind die Folgen der Klimakrise bereits spürbar. Während sich die durchschnittliche Temperatur global um 1,4 °C¹ erhitzt hat, ist sie in der Schweiz um ganze 2,9 °C gestiegen.² Jährlich gibt es deswegen hierzulande bereits mehrere hundert Hitzetote.³ Die künftig schneearmen Winter und die schmelzenden Gletscher werden das Wasserschloss Schweiz bald zu einer Ruine verkommen lassen.⁴ Gleichzeitig wird es auch in der Schweiz zu massiven Ernteausfällen kommen und Berggebiete teilweise unbewohnbar werden.

Wenn wir weitermachen wie bisher, wird sich die Erhitzung bis Ende des Jahrhunderts auf 3,2 °C belaufen.⁵ Dieses «Business as usual» würde unvorstellbare Kosten verursachen. Laut einer ETH-Studie würde das globale Bruttoinlandprodukt um ca. 10 % sinken.⁶ Und die

Menschenleben, welche die Klimakrise kostet, sind natürlich unbezahlbar. Analysen des World Economic Forums (WEF) rechnen bis 2050 mit 14,5 Millionen zusätzlichen Todesopfer.⁷

Das müssen wir verhindern. Die globale Temperaturerhitzung muss auf 1,5° C beschränkt werden, ansonsten wird sie ausser Kontrolle geraten und ein Teufelskreis entsteht.⁸ Verschiedene Kipp-Punkte, wie beispielsweise das Abschmelzen der Eiskappen oder der auftauende Permafrost, werden sich gegenseitig antreiben und so die Klimaerhitzung ins Unermessliche steigen lassen. Dann ist es zu spät.

1 Im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter

2 Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz (o. D.): Klimawandel. (<https://www.meteoschweiz.admin.ch/klima/klimawandel.html>) [Stand: 27.09.2025]].

3 Universität Bern (2023): Klimaerwärmung verursachte 60% der Schweizer Hitzetoten 2022. (https://mediarelations.unibe.ch/medienmitteilungen/2023/medienmitteilungen_2023/klimaerwaermung_verursachte_60_prozent_der_schweizer_hitzetoten_2022/index_ges.html#:~:text=2023-Klimaerw%C3%A4rmung%20verursachte%2060%20Prozent%20der%20Schweizer%20Hitzetoten%202022,der%20Jahre%202009%20bis%202017) [Stand: 27.09.2025]].

4 Erzinger, Felicitas (2025): Weltwasserbericht der UNO. Auch im Wasserschloss Schweiz kann das Wasser knapp werden. SRF. (<https://www.srf.ch/wissen/klimawandel/weltwasserbericht-der-uno-auch-im-wasserschloss-schweiz-kann-das-wasser-knapp-werden>) [Stand: 27.09.2025]].

5 IPCC (2023): Climate Change 2023. Synthesis Report. (<https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/>).

6 Waidelich, P., Batibeniz, F., Rising, J. et al. Climate damage projections beyond annual temperature. Nat. Clim. Chang. 14, 592–599 (2024). <https://doi.org/10.1038/s41558-024-01990-8>

7 The World Economic Forum (2024): Quantifying the Impact of Climate Change on Human Health. (<https://www.weforum.org/publications/quantifying-the-impact-of-climate-change-on-human-health/>) [Stand: 27.09.2025]].

8 Lenton, Timothy M., Rockström, Johan, Gaffney, Owen, Rahmstorf, Stefan, Richardson, Katherine, Steffen, Will, Schellnhuber, Hans Joachim (2019): Climate tipping points – to risky to bet against. Nature. (<https://www.nature.com/articles/d41586-019-03595-0>) [Stand: 27.09.2025]].

DIE WURZEL DES PROBLEMS

Die Ursache der Klimakrise ist klar

Um eine Krise grundlegend zu bekämpfen, muss man ihren Ursprung kennen. Die menschengemachte Klimakrise ist noch nicht alt und wird von Treibhausgasemissionen verursacht, die grösstenteils aus fossilen Brennstoffen stammen. Die Fossilindustrie hat entsprechend alles getan, um das Problem möglichst lange zu verschleiern. Warum?

Unser aktuelles Wirtschaftssystem ist darauf ausgelegt, dass wenige Superreiche sehr viel Geld anhäufen können. Sie können dadurch entscheiden, was und wie produziert wird, da sie den allergrössten Teil der Infrastruktur dafür besitzen. Um Profite zu maximieren, werden Menschen durch schlechte Arbeitsbedingungen und tiefe Löhne ausgebeutet. Dasselbe passiert mit unserer Umwelt. Natürliche Ressourcen werden im Übermass abgebaut und verkauft. Dieser schnelle Abbau bringt die Natur aus dem Gleichgewicht und gleichzeitig wird mit der Nutzung dieser Ressourcen – beispielsweise mit dem Verbrennen von Erdöl – Unmengen an klimaschädlichen Treibhausgasen ausgestossen. Das System ist auf scheinbar billige, unbegrenzte Energie angewiesen. Die Superreichen machen mit diesen Geschäften Profit, während die breite

Bevölkerung die Rechnung für die vermeintlich kostenlosen Ressourcen in Form der Klimakrise bezahlen muss.

Der Kapitalismus basiert auf der Illusion, dass unbegrenzt hohe Profite auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen möglich sind. Die Reichen sind nicht an einer nachhaltigen Alternative zu wirtschaften interessiert. Aufgrund des Wachstumszwangs stehen sie in ständigem Wettbewerb und investieren entsprechend in kurzfristig rentable Geschäfte, die klassischerweise klimaschädlich sind.⁹

Die Klimakrise wurde und wird also vom Kapitalismus verursacht. Die Superreichen profitieren massgeblich von diesem System. Sie entscheiden über die Produktion der Güter und Dienstleistungen und legen diese möglichst lukrativ für sich selbst aus. Ihr Geld investieren sie oft in klimaschädliche Konzerne und Geschäfte, da diese höhere und schnellere Rendite abwerfen. Die Superreichen profitieren vom klimazerstörerischen Kapitalismus und machen sich mit ihrer Ausbeutung von Mensch und Natur verantwortlich.

9 Chancel, Lucas, Rehm, Yannic (2023): The Carbon Footprint of Capital. Evidence from France, Germany and the US based on Distributional Environmental Accounts. World Inequality Lab Working Paper No. 2023/261. <https://wid.world/news-article/the-carbon-footprint-of-capital/>.

Die Ver- antwortlichen

Die Superreichen verursachen mit ihren Privatjetflügen und Yachtfahrten, vor allem aber mit ihren klimaschädlichen Investitionen, Unmengen an Emissionen. Eine Person aus dem reichsten Prozent der Schweiz verursacht im Durchschnitt 195 Tonnen CO₂ pro Jahr, während es sich bei Menschen mit tiefem Einkommen durchschnittlich um 9 Tonnen handelt.¹⁰ Aber auch innerhalb der Gruppe der Reichen gibt es gewaltige Unterschiede.

Bei den Spitzenvermögen steigen diese Werte noch einmal ins Astronomische. So stösst Ernesto Bertarelli, achtreichste Person der Schweiz, mehr als 10'000 Tonnen CO₂ pro Jahr alleine mit seinen Yachtfahrten und Privatjetflügen aus.¹¹ Eine durchschnittliche Person bräuchte rund 770 Jahre, um so viel CO₂ zu verursachen! Das ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs: Zwischen 85 % und 95 % der Emissionen des reichsten Prozents stammen aus ihren Investitionen.¹² Die Investitionen der reichsten zehn Familien in der Schweiz verursachen laut eigenen Berechnungen so viel CO₂ wie über 90 % der restlichen Gesellschaft.

Die Familie von Gianluigi Aponte ist alleinige Eigentümerin der Reederei MSC Group (MSC Cruises) und damit die fünftreichste Schweizer Familie. Ihre Schifffahrtsgesellschaft verursacht im Jahr mehr Emissionen (mind. 34 Millionen Tonnen CO₂), als im gesamten Schweizer Inland anfallen.¹³

Der in der Schweiz wohnhafte russische Oligarch Andrei Melnitschenko ist in der umweltschädlichsten Branche überhaupt tätig. Ihm gehören oder gehörten über 92 % der Anteile des Sibirischen Kohleenergie Unternehmens SUEK, dem grössten russischen Kohlelieferanten. Das Unternehmen alleine verursachte im Jahr 2019 223 Millionen Tonnen CO₂.¹⁴ Rechnet man die Emissionen aus, welche sein bescheidenes privates Vermögen von rund 17-18 Milliarden CHF wohl verursachen, so kommt man jährlich auf 2,7 Millionen Tonnen CO₂. Das wären rund 40-mal so viel, wie die Einwohner*innen von St. Moritz, wo er zuletzt pauschalbesteuert wurde, im Schnitt in einem Jahr verursachen. Die Klimaschädlichkeit der Superreichen ist in Wirklichkeit also nicht nur hundertmal grösser als die einer durchschnittlichen Person, sondern millionenfach. Und diese Ungleichheit wächst stetig weiter.

Während die Emissionen der tiefen und mittleren Einkommensklassen in den letzten 30 Jahren stetig gesunken und auf Kurs mit den Klimazielen sind, sieht es auf der anderen Seite der Vermögensschere anders aus. Die Superreichen haben ihre Emissionen in der gleichen Zeit um 30 % gesteigert¹⁵ und auch ihr Vermögen ist enorm gewachsen – massgeblich wegen ihrer klimaschädlichen und ausbeuterischen Investitionen.

Die Superreichen verursachen also die meisten Emissionen, weil sie vom aktuellen Wirtschaftssystem profitieren. Gleichzeitig ist es nicht diese kleine privilegierte Gruppe, die den Folgen der Klimakrise am stärksten ausgesetzt ist.

10 Rudaz, Mathieu, Balmer, Dominik (o. D.): Ökologisches Ungleichgewicht. So stark belasten die superreichen Schweizer die Umwelt. Tages-Anzeiger. (<https://www.tagesanzeiger.ch/oekologisches-ungleichgewicht-so-stark-belasten-die-superreichen-schweizer-die-umwelt-450927271704>) [Stand: 27.09.2025].

11 Barros, Beatriz, Wilk, Richards (2021): Private planes, mansions and superyachts. What gives billionaires like Musk and Abramovich such a massive carbon footprint. The Conversation. (<https://theconversation.com/private-planes-mansions-and-superyachts-what-gives-billionaires-like-musk-and-abramovich-such-a-massive-carbon-footprint-152514>) [Stand: 27.09.2025].

12 Chancel, Lucas, Rehm, Yannic (2023): The Carbon Footprint of Capital. Evidence from France, Germany and the US based on Distributional Environmental Accounts. World Inequality Lab Working Paper No. 2023/261. <https://wid.world/news-article/the-carbon-footprint-of-capital/>.

13 Besson, Sylvain (2022): Comment la famille Aponte est devenue la plus riche de Suisse. Tribune de Genève. (<https://interactif.tdg.ch/2022/enquete-famille-aponte/>) [Stand: 27.09.2025].

14 Banktrack (2022): SUEK. (<https://www.banktrack.org/company/suek>) [Stand: 28.09.2025].

15 Rudaz, Mathieu, Balmer, Dominik (o. D.): Ökologisches Ungleichgewicht. So stark belasten die superreichen Schweizer die Umwelt. Tages-Anzeiger. (<https://www.tagesanzeiger.ch/oekologisches-ungleichgewicht-so-stark-belasten-die-superreichen-schweizer-die-umwelt-450927271704>) [Stand: 27.09.2025].

Klimafrage und soziale Gerechtigkeit

Die Klimafrage ist eine Klassenfrage – das Prinzip ist einfach. Die Superreichen verursachen nicht nur die meisten Emissionen, sondern können sich auch am besten vor den Folgen der Klimakrise schützen. Gleichzeitig sind es die ärmsten Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, aber am stärksten von deren Folgen betroffen sind.¹⁶

Bei ärmeren Bevölkerungsgruppen ist es jeweils umgekehrt. So leben Menschen in prekären Verhältnissen in Gebieten mit schlechterer Infrastruktur, in weniger stabilen und schlecht isolierten Häusern, meist auch sehr nahe aufeinander. Klimakatastrophenereignisse treffen sie überdurchschnittlich stark, da ihre Anpassungsfähigkeit aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel auch viel geringer ist. In Krisensituationen ist die ärmere Bevölkerung am stärksten gezwungen, ihr Hab und Gut zu verkaufen, wodurch die langfristige Nachhaltigkeit ihrer Lebensgrundlage gefährdet wird. Die Klimakrise schafft einen Teufelskreis für prekarierte Menschen. So schätzte die Weltbank 2015, dass die Klimaerhitzung bis 2030 ohne sofortiges Handeln über 100 Millionen Menschen zusätzlich in die Armut stürzen könnte¹⁷ – eine Zahl, die wahrscheinlich unterschätzt wurde und aller Voraussicht nach gestiegen sein dürfte.

Am schlimmsten trifft es dabei den sogenannten globalen Süden, obwohl die Klimakrise klar vom globalen Norden verantwortet wurde und wird.¹⁸ Das hat zunächst geografische Gründe, da die Tropen und Subtropen am stärksten von der Klimakrise betroffen sind, relevanter sind jedoch die Wirtschaftsstrukturen. Neokolonialismus und Neoimperialismus führen dazu, dass die betroffenen Länder noch immer schonungslos ausgebeutet werden – auch im Kontext der Klimakrise. Multinationale Konzerne mit Sitz im globalen Norden rauben die Ressourcen des globalen Südens und zerstören die Umwelt vor Ort. Gleichzeitig mussten sich die Länder des globalen Südens bei den Banken im globalen Norden heftig verschulden lassen. Die Länder des globalen Südens werden 70-80 % der Kosten der Klimakrise tragen, obwohl sie diese Krise nicht verursacht haben.¹⁹ Klimaschutz ist deshalb vorrangig eine Frage von globaler Gerechtigkeit. Doch auch in der Schweiz und Europa sind es arme und kranke Menschen, für die die Folgen der Klimakrise heute schon am verheerendsten sind. Studien aus Österreich zeigen, dass ärmere Menschen während Hitzewellen aufgrund der Klimakrise doppelt so oft Schlafprobleme und eine geringere Leistungsfähigkeit haben wie Menschen mit höheren Einkommen. Das Gleiche gilt für Kreislaufprobleme und Migräne. Auch wird ersichtlich, dass Beschäftigte in prekarierten Berufen überproportional stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind.²⁰

Wenn wir nicht handeln, wird die breite Bevölkerung überdurchschnittlich viel für diese Krise bezahlen – anstelle der Reichsten. Der Lebensunterhalt wird für den Grossteil der Be-

völkerung immer teurer: Steigende Mietpreise, Krankenkassenprämien und Mobilitätskosten bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen.

Die Klimakrise verstärkt bestehende Ungleichheiten und wird auch die Vermögensschere noch weiter öffnen – und umgekehrt.²¹ Diese Abwärtsspirale ist gut belegt, nur macht die Politik nichts, um sie zu stoppen.

¹⁶ Oxfam (2023): Klima der Ungleichheit. Wie extremer Reichtum weltweit die Klimakrise, Armut und Ungleichheit verschärft. (<https://www.oxfam.de/publikationen/klima-ungleichheit-extremer-reichtum-weltweit-klimakrise-armut-ungleichheit> [Stand: 27.09.2025]).

¹⁷ World Bank Group (2015): Rapid, Climate-Informed Development Needed to Keep Climate Change from Pushing More than 100 Million People into Poverty by 2030. (<https://www.worldbank.org/en/news/feature/2015/11/08/rapid-climate-informed-development-needed-to-keep-climate-change-from-pushing-more-than-100-million-people-into-poverty-by-2030> [Stand: 27.09.2025]).

¹⁸ Alestig, Mira, Dabi, Nafkote, Jeurkar, Abha, Maitland, Alex, Lawson, Max, Horen Greenford, Daniel, Lesk, Corey, Khalfan, Ashfaw (2024): Carbon Inequality Kills. Why curbing the excessive emissions of an elite few can create a sustainable planet for all. Oxfam. <https://doi.org/10.21201/2024.000039>

¹⁹ Alston, Philip (2019): Climate change and poverty. Report of the Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights (A/HRC/41/39). UN Human Rights Council. (<https://digitallibrary.un.org/record/3810720?v=pdf> [Stand: 27.09.2025]).

²⁰ Glantschnigg, Christian (2024): Klimagerechtigkeit in Österreich. Eine empirische Untersuchung. FORESIGHT. ([FORESIGHT Bericht Klimagerechtigkeit](https://www.foresight.at/bericht/klimagerechtigkeit) [Stand: 28.09.2025]).

²¹ Berg, Tina (2022): Energiearmut. Geht Klimaschutz nur für Reiche? Beobachter. (<https://www.beobachter.ch/umwelt/umweltpolitik/energiearmut-klimaschutz-nur-fur-reiche-538650> [Stand: 27.09.2025]).

DIE BÜRGERLICHE KLIMAPOLITIK HAT VERSAGT

Die menschengemachte Klimakrise wurde bereits in den 1950er Jahren nachgewiesen und in den 70er- und 80er-Jahren öffentlich diskutiert. Anfangs 1990er wurden die ersten grossen UN-Klimagipfel durchgeführt, seither sind 30 Jahre vergangen und die Krise hat sich weiter verschlimmert. Warum?

Die bürgerliche Klimapolitik inszeniert die Klimakrise als Problem, das vermeintlich individuell gelöst werden kann. Dabei wird das Konsumverhalten von Einzelpersonen ins Zentrum gestellt: Jede Person könne durch weniger Autofahren und Fliegen einen Unterschied machen. In Form von Lenkungsabgaben soll klimaschädliches Verhalten verteuert und deswegen reduziert werden. Die Einnahmen aus diesen Abgaben werden aber nicht vollständig an die Bevölkerung rückverteilt und fallen vor allem bei den unteren Einkommensklassen ins Gewicht. Während eine Bäuerin aufgrund der steigenden Benzinpreise ihr Auto etwas seltener braucht, jetten die Reichsten noch immer mit ihren Privatjets durch die Welt. Zum Vergleich: Die meisten Privatjetflüge verursachen im Schnitt 4,6 Tonnen CO₂ pro Flug, das ist mehr als die jährlichen Inlandemissionen einer durchschnittlichen Person in der Schweiz.²² Gleichzeitig legen die meisten Privatjets weniger als 500 km pro Flug zurück.²³ Statt diese klimaschädlichste Art der Fortbewegung einzuschränken, subventioniert der Bund Privatjetflughäfen. Das Eigenverantwortungscredo

gilt also nur für die breite Bevölkerung, nicht aber für die Reichsten.

Superreiche und ihre Unternehmen können sich gar von gewissen Verpflichtungen durch den Emissionshandel freikaufen oder durch lose Versprechen befreien. Unternehmen, die einen Plan zur Senkung ihrer Emissionen vorlegen, können sich von den CO₂-Abgaben entledigen, ohne diesem Plan wirklich verbindlich folgen zu müssen. Die Idee dahinter ist es, Anreize zu schaffen. Ohne Verbindlichkeiten funktioniert das aber nicht. Das Eigenverantwortungscredo scheitert kläglich. Insbesondere bei den Superreichen ist klar: Ohne Regulation wird sich ihr Verhalten nicht signifikant ändern.²⁴

Doch statt die effiziente Senkung der eigenen Emissionen durch Regulierungen und verbindliche Bedingungen voranzutreiben, setzt die Schweiz immer stärker auf den Emissionshandel. Das Emissionshandelssystem (EHS) hat das primäre Ziel, einen fiktiven Markt für die Umweltverschmutzung zu schaffen. Die Idee dahinter: Emissionsreduktion durch Bepreisung. Dieses System schützt jedoch nicht das Klima, sondern Grosskonzerne. Das zeigen auch die Zahlen: In der Schweiz hat das EHS keinen relevanten Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise geleistet und in diesem Tempo wird die Industrie bis 2050 nicht auf Netto-Null kommen.²⁵

22 Greenpeace Schweiz (2024): Privatjet-Boom in Genf und Zürich. (<https://www.greenpeace.ch/de/medien-mitteilung/113137/privatjet-boom-in-genf-und-zuerich/#:~:text=Das%20entspricht%20dem%20j%C3%A4hrlichen%20Ausstoss,Greenpeace%20ein%20Verbot%20von%20Privatjets>) [Stand: 27.09.2025].

23 Gösslig, Stefan, Humpe, Andreas, Leitäso, Jorge Cardoso (2024): Private aviation is making a growing contribution to climate change. Communications Earth & Environment 5 (666). <https://doi.org/10.1038/s43247-024-01775-z>

24 Cass, Noel, Büchs, Milena, Lucas, Karen (2023): How are high-carbon lifestyles justified? Exploring the discursive strategies of excess energy consumers in the United Kingdom. Energy Research & Social Science 97 (102951). <https://doi.org/10.1016/j.erss.2023.102951>

25 Tiefenbacher, Alex, Mondgenast Luca (2024): Co₂-Ausstoss zum Nulltarif. Das Schweizer Emissionshandelssystem und wer davon profitiert. Zürich: Rotpunktverlag.

Bund und Parlament machen zu wenig gegen die Klimakrise

Die Schweiz wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt, weil sie ihre Bevölkerung nicht angemessen vor den Folgen der Krise schützt. Im Jahr gibt der Bund nach eigenen Angaben nur rund 2 Milliarden Franken für Klimaschutzmassnahmen aus.²⁶ Im Vergleich: Allein um die unambitionierten Ziele bis 2050 zu erreichen, müssten Öffentlichkeit und Privatwirtschaft laut der Schweizer Bankiersvereinigung im Jahr 12,9 Milliarden Franken investieren und dieser Betrag dürfte wohl eigentlich noch viel höher ausfallen.²⁷ Statt die notwendigen Mehrinvestitionen zu tätigen, will der Bund mit seinen Sparplänen in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen beim Klimaschutz ersatzlos streichen.²⁸

Obendrauf kommt die trügerische Auslegung der Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen. Im Moment sind die Klimaziele nur auf die Senkungen der Inlandemissionen ausgelegt. Die importierten Emissionen, die 3,75-mal höher sind, werden komplett ausgeklammert.²⁹

Die Reduktionsarbeit wird somit auf andere abgeschoben.

Auch der Technologieglaube wird uns nicht retten. Von Technologien wie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung wird sich viel versprochen, doch sie sind wenig effizient und lassen die Menschen im Glauben, dass die Bekämpfung der Klimakrise ohne den Verbrennungsstopp von fossilen Energieträgern möglich sei. Es wundert daher nicht, dass es Erdölkonzerne selbst waren, die solche Methoden überhaupt erst ins Spiel gebracht haben.³⁰

Klar ist also: Die bürgerliche Klimapolitik hat versagt. Wir brauchen jetzt eine 180°-Kehrtwende und müssen wegkommen von fossilen Energieträgern, Marktglauben und Eigenverantwortungslogik. Die Bürgerlichen wollen weiterhin die Profite der Reichsten schützen, weshalb Klimaziele zu tief angesetzt und dann teilweise nicht einmal umgesetzt werden.

Währenddessen liegen die Lösungen gegen die Klimakrise auf dem Tisch. Es gibt unzählige Pläne für die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft, auch in der Schweiz. Der Climate Action Plan des Klimastreiks³¹, der Klimamasterplan 2025 der Klima-Allianz³² und unzählige Wissenschaftler*innen zeigen beispielsweise die notwendigen Schritte. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob man die Menschen oder das Kapital schützen will. Im Moment hat Letzteres Priorität, das zeigen die Vermögensstatistiken eindrücklich.

26 Bundesrat (2025): Botschaft zur Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)». Bundesblatt BBl 2025 458, 25.022. (<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2025/458/de>) [Stand: 27.09.2025].

27 Swiss Banking (o. D.): Publikationen zu Sustainable Finance. (<https://www.swissbanking.ch/de/themen/sustainable-finance/publikationen-zu-sustainable-finance#:~:text=Die%20SBVg%20ist%20%C3%BCberzeugt%2C%20dass,in%20entsprechend%20sinnvolle%20Massnahmen%20investieren>) [Stand: 27.09.2025].

28 Vonplon, David (2025): Der Bundesrat will Gelder für Klimaprogramme streichen – und stösst damit auf breite Gegenwehr. NZZ. (<https://www.nzz.ch/schweiz/der-bundesrat-will-gelder-fuer-klimaprogramme-streichen-und-stoesst-damit-auf-breite-gegenwehr-ld.1868640>) [Stand: 27.09.2025].

29 Albisser, Pascal, Schmidli, Julian (2025): Importiere Emissionen. Diesen globalen Fussabdruck hinterlässt die Schweiz. SRF. (<https://www.srf.ch/news/schweiz/importierte-emissionen-die-verborgene-klimasuende-der-schweiz>) [Stand: 27.09.2025].

30 Franzen, Niklas (2024): Klimatechnologie. Rettung oder Ablenkung? WOZ. (<https://www.woz.ch/2450/klimatechnologie/rettung-oder-ablenkung/IE9MCQWMSBRG>) [Stand: 27.09.2025].

31 Klimastreik Schweiz (2021): Klimaaktionsplan. (https://admin.climatestrike.ch/uploads/Klima_Aktionsplan_1_0_930148c051.pdf) [Stand: 27.09.2025].

32 Klima-Allianz (2025): Masterplan für einen zukunftsverträglichen Klimaschutz. 10 Jahre, um die Schweiz auf Kurs zu bringen. (https://www.klima-allianz.ch/wp-content/uploads/Klima_Masterplan_Schweiz_Voransicht-1.pdf) [Stand: 28.09.2025].

VERMÖGENS- UNGLEICHHEIT GEFAHR FÜR KLIMA UND DEMOKRATIE

In der Schweiz besitzt das reichste Prozent fast 45 % des Gesamtvermögens und sein durchschnittliches Reinvermögen hat sich in knapp 20 Jahren um 150 % gesteigert: von 8 auf satte 20 Millionen CHF. Noch eindrücklicher sind die Zahlen ganz oben auf der Vermögenspyramide: Die 300 reichsten Familien der Schweiz haben ihr Vermögen in derselben Zeit auf 833'500'000'000 CHF verdoppelt. Währenddessen besitzt die Hälfte der Schweizer Bevölkerung kaum Vermögen, im Schnitt nur knapp 7'700 CHF.³³

Jede Stunde wächst das Vermögen der 300 Reichsten in der Schweiz um 2,4 Millionen Franken. Dieses Geld wird durch die Arbeit der breiten Bevölkerung und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen erwirtschaftet. Es landet in Form von Kapitalerträgen (z. B. Dividenden auf Aktien von Unternehmen, die im Bereich der fossilen Energien tätig sind) in den Taschen der Superreichen. Diese ungleiche Vermögensverteilung ist der grösste Treiber der Krisen dieser Zeit.

Die Superreichen versuchen mit aller Kraft, ihre Vormachtstellung zu wahren, indem sie ihre finanziellen Mittel in politische Macht umwandeln. Milliardär*innen kandidieren überdurchschnittlich oft für politische Ämter und finanzieren Parteien und Wahlkampagnen. Durch den Besitz von Medienhäusern oder Social-Media-Plattformen können sie gezielt die Meinung der Gesamtbevölkerung beeinflussen. Gezielte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit verhelfen ihnen zu geschäftlichen Erfolgen. Studien zeigen klar, dass die politischen Interessen von Superreichen mehr Gehör finden als die der Durchschnittsbürger*innen.³⁴ In den USA sehen wir beispielhaft, wie die Tech-Bros den Staat zu ihren Gunsten umbauen und gegen die breite Bevölkerung auslegen.

Auch in der Schweiz mischen Milliardäre wie Christoph Blocher in Medien und Politik mit. Doch man muss nicht zuerst Bundesrat werden, um die eigenen geschäftlichen Interessen durchzubringen. Gianluigi Aponte hätte es mit der Tonnage Tax fast geschafft, eine Vorlage

durch das Parlament zu bringen, dass seinem Unternehmen MSC jährlich Milliarden an Steuerabgaben erspart hätte.³⁵ Die Ratslinke konnte das Unterfangen im letzten Moment stoppen.

Die Superreichen haben in den letzten Jahrzehnten Unmengen an Steuergeschenken erhalten. Dabei wäre eine wirksame Steuerpolitik das wichtigste Mittel, um die steigende Ungleichheit zu bekämpfen und die antidemokratischen Tendenzen einzuschränken.

Die enorme und immer weiter steigende Vermögensungleichheit gefährdet unsere Zukunft. Die Superreichen zerstören mit ihren Milliarden unser Klima und jegliche demokratischen Grundgedanken. Während die Reichsten immer weiter profitieren, bezahlt die breite Bevölkerung den Preis. Wir müssen die Superreichen jetzt stoppen, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu garantieren. Deswegen braucht es die Initiative für eine Zukunft!

³³ Wegelin, Yves (2025): Die verborgenen Milliarden der Schweiz. Republik. (<https://www.republik.ch/2025/02/03/die-verborgenen-milliarden-der-schweiz> [Stand: 27.09.2025]).

³⁴ Oxfam Deutschland (2025): Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen. (<https://www.oxfam.de/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit> [Stand: 27.09.2025]).

³⁵ Reflekt (2025): Wie sich das grösste Schifffahrtsunternehmen der Welt mit Ueli Maurers Finanzdepartement ein Steuergeschenk bastelte. Und wie die Behörden dabei schwerste Bedenken ignorierten. (<https://reflekt.ch/recherchen/tonnage/> [Stand 27.09.2025]).

DIE INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT

Reiche besteuern, Klima und Demokratie beschützen

Die JUSO Schweiz hat nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Juni 2021 beschlossen, eine Initiative zu lancieren, um die Superreichen für die Bekämpfung der Klimakrise zur Kasse zu bitten. Umfragen nach der Abstimmung zeigten, dass das CO₂-Gesetz vor allem deshalb scheiterte, weil viele Menschen befürchteten, selbst mehr bezahlen zu müssen. Diese Gefahr ist real, werden heute doch bereits alle Kosten auf die breite Bevölkerung abgewälzt. Das muss und darf nicht so sein!

Kein Klimaschutz ohne soziale Gerechtigkeit! Wir müssen dafür sorgen, dass die Kosten der Klimakrise gerecht verteilt sind und gleichzeitig braucht es Klimaschutzmassnahmen, die nicht die bestehenden Ungleichheiten reproduzieren, sondern sie aktiv bekämpfen. Klimapolitik darf nicht länger Pflasterlipolitik sein! Diese Krise kann nur an der Wurzel des Problems ernsthaft bekämpft werden, weswegen wir unser Wirtschaftssystem nachhaltig umbauen müssen.

Genau das will die Initiative für eine Zukunft!

Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer (Zukunftssteuer) mit einem **Freibetrag** von 50 Millionen und einem Steuersatz von 50 % soll die nötigen Milliarden für die sozial gerechte Bekämpfung der Klimakrise beschaffen. Durch die gezielte Besteuerung von Mega-Erbschaften werden Superreiche für ihre Klimaverschmutzung zur Verantwortung gezogen. Die Initiative hat also keine Auswirkungen auf Erbschaften und Schenkungen unter 50 Millionen CHF, nur knapp 2'500 Personen oder 0,05 % der Steuerzahler*innen, sind von der Initiative betroffen. Gegen Steuerumgehung, insbesondere durch Wegzug, fordert der Initiativtext griffige Massnahmen.

Die Initiative bringt jährlich ca. 6 Milliarden Franken ein, die ausschliesslich für die Bekämpfung der Klimakrise und für den ökosozialen Umbau der gesamten Wirtschaft verwendet werden. Konkrete Klimaschutzmassnahmen sollen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und öffentliche Dienstleistungen umgesetzt werden, ohne ständig das Portemonnaie der breiten Bevölkerung zu belasten. Sozial gerechter Klimaschutz, steuerlich gerecht finanziert!

Warum eine nationale Erbschaftssteuer?

Erbschaften sind einer der Hauptbeschleuniger der Vermögensungleichheit. In der Schweiz werden jährlich 95 Milliarden Franken vererbt.³⁶ Heute fällt bei einem Erbschaftsfranken noch 1,4 Rappen Steuern an, 1990 waren es noch 4,1 Rappen. Durch den interkantonalen Steuerwettbewerb wurden die Erbschaftssteuern in den letzten 20 Jahren praktisch irrelevant gemacht. Die Steuersätze wurden herabgesetzt, direkte Nachkommen an vielen Orten komplett von den Steuern befreit, in einigen Kantonen wie Obwalden oder Schwyz gibt es gar keine Erbschaftssteuer. Schlussendlich musste man feststellen, dass es trotz des aggressiven Erbschaftssteuerwettbewerbs nirgendwo zu relevanten Weg- oder Hinzugsbewegungen gekommen ist – verloren haben also alle, ausser die Reichsten.³⁷

Bei einer Erbschaft handelt es sich um leistungsfreies Einkommen. Ein Geschenk, für das ein*e Erb*in nicht arbeiten musste. In der Schweiz ist 80 % des Vermögens der Superreichen geerbt.³⁸ Familien geben ihr Reichtum in Form von Mega-Erbschaften über Generationen hinweg weiter und richten mit dem Geld enormen Schaden an. Diese neofeudalen Tendenzen sind zutiefst gefährlich. Führende Ökonom*innen und auch der Bundesrat sagen

klar: Wenn wir die Vermögensungleichheit bekämpfen wollen, dann braucht es Steuern auf Mega-Erbschaften von 50-60 %.³⁹ Es ist also eine Frage des politischen Willens, ob man Ungleichheit fördert oder eingrenzt.

Die Einnahmen der neuen Erbschaftssteuer würden zu 2/3 an den Bund und zu 1/3 an die Kantone fliessen. Die Kantone sind heute bereits für die Abwicklung der Steuerprozesse verantwortlich. Die Initiative richtet sich nach diesem bewährten Prinzip. Auch sonst würde die neue Erbschaftssteuer auf keinen Fall die Finanzautonomie der Kantone beschneiden. Letztere sind immer noch frei, eigene Erbschafts- und Schenkungssteuern zu erheben und gleichzeitig erhalten sie zusätzlich 1/3 der Einnahmen aus der anfallenden Zukunftssteuer. Klimaschutz ist auch auf kantonaler Ebene von höchster Relevanz. Gerade beim regionalen ÖV und dem Gebäudeprogramm fällt den Kantonen eine wichtige Rolle zu. Weil die Steuer in allen Kantonen anfällt, wird auch kein neuer innerschweizer Steuerwettbewerb geschaffen. Auch eine «Mehrfachbesteuerung» gibt es nicht. Es fallen an verschiedenen Orten Steuern an und gleichzeitig werden auf verschiedenen Ebenen eine gleiche Art von Steuer eingezogen, so beispielsweise die Vermögenssteuer auf kantonaler und kommunaler Ebene. Das ist keine Mehrfachbesteuerung, sondern ein Steuermix, der sich ändern kann.

³⁶ Hofmann, Roland, Tanner, Michaela (2023): Wer (ver)erbt wie? Schweizer Erbschaftsstudie 2023. Studie der Abteilung Banking, Finance, Insurance Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften. <https://doi.org/10.21256/ZHAW-2528>

³⁷ Brühlhart, Marius (2019): Erbschaften in der Schweiz. Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern. Social Change in Switzerland. <https://doi.org/10.22019/SC-2019-00008>

³⁸ Baselgia, Ena, Martine, Isabel Z. (2022): Tracking and Taxing the Super-Rich. Insights from Swiss Rich Lists. KOF Working Paper 501. ETH Zurich. <https://doi.org/10.3929/ETHZ-B-000534627>.

³⁹ Bundesrat (2024): Botschaft zur Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)». Bundesblatt BBl 2024 3216, 24.082. (<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2024/3216/de> [Stand: 27.09.2025]).

50/50 – Was bedeutet das?

Die Initiative für eine Zukunft wird praktisch niemanden zu 50 % besteuern. Grund dafür ist der Freibetrag. Die Steuer tritt nicht nur erst ab einer Erbschaft von über 50 Millionen Franken in Kraft, sondern gilt auch für die ersten 50 Millionen nicht. Wenn jemand eine Erbschaft von 60 Millionen CHF hinterlässt, würden also nur 10 Millionen CHF zu 50 % besteuert werden. Die Abgabe würde sich demnach auf 5 Millionen CHF belaufen, was einem Steuersatz von 8,33 % entspricht. Laut Bundesrat hat der Durchschnitt der 2'500 Betroffenen ein Vermögen von 200 Millionen Franken, was einem Durchschnittssteuersatz von 37,5 % entsprechen würde.⁴⁰ Die tiefsten Vermögen auf der Liste der 300 reichsten Familien und Einzelpersonen sind auf 100-150 Millionen CHF taxiert. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die grosse Mehrheit der potenziell 2'500 betroffenen Personen ein Vermögen unter 100 Millionen besitzt und entsprechend nach ihrem Tod nie mehr als ein Steuersatz von 25 % anfallen wird.

Bei der Zukunftssteuer handelt es sich um eine Erbnachlasssteuer. Sie bezieht sich also auf den ganzen Nachlass einer verstorbenen Person und nicht auf das bereits geteilte Vermögen. Nicht einzelne Erb*innen müssten für ihre Anteile steuern, sondern der gesamte Nachlass (also das hinterlassene Vermögen

einer verstorbenen Person) wird ein Mal als Ganzes besteuert. Die Steuer wird direkt vom Nachlass abgezogen, bevor das Vermögen an die Erb*innen verteilt wird.

Der Freibetrag macht die Zukunftssteuer also zu einer progressiven Steuer und sorgt gleichzeitig dafür, dass nur die Hinterlassenschaften der Reichsten besteuert werden. Studien zeigen nämlich klar: Je mehr Vermögen eine Person besitzt, desto schlechter ist ihre CO₂-Bilanz. In der Schweiz kann davon ausgegangen werden, dass die Investitionen der reichsten 10 Familien für so viele Emissionen verantwortlich sind wie über 90 % der Schweizer Bevölkerung zusammen.⁴¹ Fürs Klima besteht also ein gewaltiger Unterschied, ob jemand 20 Millionen CHF oder 20 Milliarden CHF besitzt.

40 Bundesrat (2024): Botschaft zur Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)». Bundesblatt BBl 2024 3216, 24.082. (<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2024/3216/de> [Stand: 27.09.2025]).

41 Berechnung basierend auf Zahlen des BAFU, Indikatoren zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz 1990-2020, April 2022 [THG-Emissionen aus Haushalten] und MCKINSEY & COMPANY, Klimastandort Schweiz, Juli 2022.

Ziehen dann nicht alle Superreichen weg?

Tatsächlich gibt es im Moment keine Studien, die den vermeintlichen Exodus von Superreichen aus der Schweiz belegen und auch Referenzstudien lassen sich nicht wirklich finden. In Norwegen und Grossbritannien wurden zwar gerade verschiedene Steuern für Superreiche erhöht und es wurde ausführlich über vermeintlich viele Wegzüge berichtet. Genauere Analysen zeigen aber ein anderes Bild.⁴² Grundsätzlich muss gesagt werden, dass die Quellen und Belege für angebliche Steuerfluchtbewegungen meist dubios sind. Sie stützen sich nicht selten auf Anekdoten, Einzelfälle oder interne Zahlen einer südafrikanischen Beratungsgesellschaft mit einem einzigen Mitarbeiter.⁴³

Die Angstmacherei in Bezug auf eine mögliche Steuerflucht der Reichsten wird immer dann ins Feld geführt, wenn die Bevölkerung einmal Entscheidungen zu ihrem Vorteil treffen will. In den letzten Jahrzehnten haben die Reichsten und ihre Unternehmen unzählige Steuer geschenke erhalten, beispielsweise in Form der Unternehmenssteuerreform I & II, mit der Herabsetzung der kantonalen Erbschaftssteuern aber auch mit bereits vorhandenen

Elementen wie der Pauschalbesteuerung oder dem Fakt, dass es in der Schweiz noch immer keine Kapitaleinkommenssteuer o. ä. gibt. Jährlich verliert die Schweiz zudem aufgrund der Steuerverbrechen und Trickereien der Superreichen Milliarden an Steuersubstrat.

Die Initiative für eine Zukunft fordert im Initiativtext klare Massnahmen gegen Steuervermeidung, insbesondere gegen Steuerflucht. Der Bundesrat muss diese vor dem Abstimmungssonntag ausarbeiten, damit sie bei Annahme der Initiative bereits am nächsten Tag in Kraft treten können. Mögliche Massnahmen gäbe es viele, beispielsweise eine Wegzugssteuer oder einen Paradigmenwechsel von der Besteuerung nach Wohnort zur Besteuerung nach Staatsbürgerschaft, wie es die USA macht. In Deutschland hat sich die Wegzugssteuer seit 1972 als Mittel gegen Steuerflucht bewährt: Superreiche müssen ca. 1/3 ihres in Deutschland aufgebauten Vermögens an der Grenze abgeben.⁴⁴ Es ist lediglich eine Frage des politischen Willens, effiziente und konsequente Steuerpolitik zu betreiben oder nicht.

42 Tax Injustice Network (2025): The millionaire exodus myth. A critical reconsideration of the Henley & Partners Private Wealth Migration report. (<https://taxjustice.net/wp-content/uploads/2025/06/The-millionaire-exodus-myth-A-critical-reconsideration-of-the-Henley-Partners-Private-Wealth-Migration-report-June2025.pdf> [Stand: 27.09.2025]).

43 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Oxfam (2024): Keine Angst vor Steuerflucht. 100 Jahre demokratische Gegenmassnahmen und ihre Bedeutung für die Besteuerung deutscher Milliardenvermögen. (https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/07/Oxfam-Netzwerk-Steuergerechtigkeit-2024_Keine-Angst-vor-Steuerflucht.pdf [Stand: 28.09.2025]).

44 Netzwerk Steuergerechtigkeit, Oxfam (2024): Keine Angst vor Steuerflucht. 100 Jahre demokratische Gegenmassnahmen und ihre Bedeutung für die Besteuerung deutscher Milliardenvermögen. (https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/07/Oxfam-Netzwerk-Steuergerechtigkeit-2024_Keine-Angst-vor-Steuerflucht.pdf [Stand: 28.09.2025]).

Werden mit der Initiative Familienunternehmen zerstört?

Nein. In erster Linie ist die Zukunftssteuer eine Steuer für Privatpersonen, nicht für Unternehmen. Natürlich können Privatpersonen ihr Vermögen in Unternehmen angelegt haben.

Hierbei ist zu erwähnen, dass 99,7 % der Unternehmen in der Schweiz KMUs sind.⁴⁵ Der Vize-Präsident des Schweizer KMU-Verbandes meinte 2015 bei der Abstimmung über die damalige Erbschaftssteuer-Initiative: Gäbe es einen Freibetrag von 50 Millionen CHF, wäre kein einziges KMU betroffen. Bei den restlichen 0,3 % der Unternehmen handelt es sich um Mammutunternehmungen. Die allermeisten Superreichen haben ihr Geld meist in verschiedenen Aktien, Immobilien und verschiedenen Unternehmensanteilen investiert und nicht in ein einziges Familienunternehmen.

In anderen Ländern kann man zudem erkennen, dass selbst die Erb*innen von riesigen Familienunternehmen problemlos im Stande sind, solche Steuern zu bezahlen. In Südkorea und Japan fallen heute Erbschaftsteuern von 50-55 % an. So haben die Samsung-Erb*innen gerade erst eine Erbschaftsteuer von 50 % und somit rund 9 Milliarden Euro bezahlt.⁴⁶ Falls die vorhandenen liquiden Mittel nicht ausreichen, um die Steuer zu zahlen, kann auch

ein Kredit aufgenommen und das Unternehmen dafür als Sicherheit verwendet werden. In der Schweiz ist dies bereits gängige Praxis, zum Beispiel mit Krediten, die auf Immobilien aufgenommen werden. Weiter ist auch die Abzahlung der Steuer in Raten über 10 Jahre hinweg denkbar.

Klar ist: Erb*innen eines gesunden Unternehmens jeder Grösse müssen ihr Unternehmen auf keinen Fall verkaufen. Mit Anlagen des Erbes kann die ausgezahlte Steuer in wenigen Jahren abbezahlt werden und das eigene Unternehmen kann in der Zwischenzeit oftmals an zusätzlichem Wert gewinnen. Entsprechend würde die Initiative auch keine Arbeitsplätze zerstören, im Gegenteil (mehr dazu unten).

45 Bundesamt für Statistik (o. D.): Kleine und mittlere Unternehmen. (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/industrie-dienstleistungen/unternehmen-beschaeftigte/wirtschaftsstruktur-unternehmen/kmu.html>) [Stand: 27.09.2025]].

46 Stern (2021): Südkorea. Familie des ehemaligen Samsung-Chefs zahlt neun Milliarden Euro Erbschaftsteuer. (<https://www.stern.de/wirtschaft/samsung-erben-muessen-neun-milliarden-euro-erbschaftssteuer-zahlen-30502046.html>) [Stand: 27.09.2025]].

Wo das Geld investiert werden soll

Die Steuereinnahmen müssen laut Initiativtext für «sozial gerechte Klimaschutzmassnahmen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und öffentliche Dienstleistungen» eingesetzt werden und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft dienen.

Um eine zukunftsfähige Gesellschaft aufzubauen, müssen alle Wirtschaftssektoren und öffentlichen Dienstleistungen so umgestaltet werden, dass sie CO₂-neutral werden. Mit anderen Worten: Wir müssen unsere Gesellschaft so umgestalten, dass alle Bedürfnisse der Bevölkerung auf umweltfreundliche Weise gedeckt werden. Dies darf jedoch nicht auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung geschehen. Dieser ökologische Umbau darf nicht zu einer Zunahme der bereits bestehenden Ungleichheiten führen, sondern muss im Gegenteil dazu beitragen, diese abzubauen.

Nachhaltiges Wohnen

Der Gebäudesektor ist heute für über 22 % der inländischen Treibhausgasemissionen verantwortlich.⁴⁷ Eine energetische Sanierung aller Gebäude ist unerlässlich, jedoch dürfen die Kosten nicht auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Die Renovationen müssen also subventioniert werden, mit der Bedingung, dass Leerkündigungen und Mieterhöhungen untersagt sind. Ausserdem wird eine klassische Subventionsfinanzierung von der Allgemeinheit getragen und nicht von den privaten Eigentümer*innen. Mit der Zukunftssteuer würden Superreiche, die selbst meist mehrere Immobilien oder Anteile an Immobilienkonzernen besitzen, diese Renovierungen bezahlen, was sozial gerecht ist.

Arbeiten

Die Berufsfelder und der Arbeitsalltag werden sich in vielen Wirtschaftssektoren in naher Zukunft rasant ändern. Die grösste Wirtschafts- und Beratungsgesellschaft schätzt, dass durch die Klimakrise weltweit 800 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr sind.⁴⁸ Gleichzeitig werden sich die Arbeitsbedingungen praktisch überall verschlechtern. Gerade Arbeiter*innen in prekären Arbeitsverhältnissen sind davon überproportional betroffen.

Dazu gehören zum Beispiel Menschen, die draussen arbeiten (beispielsweise auf dem Bau) und immer stärkere gesundheitliche Schäden durch die Klimaerhitzung davontragen oder Arbeiter*innen im ohnehin schon überlasteten Gesundheitswesen, die nicht nur mit den Anpassungen zu kämpfen haben, sondern

47 Bundesamt für Umwelt (o. D.): Treibhausgasemissionen der Gebäude. (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten/treibhausgasinventar/gebaeude.html>) [Stand: 27.09.2025]].

48 Deloitte (2022): Work toward net zero. The rise of the Green Collar workforce in a just transition. (https://www.deloitte.com/tw/en/issues/climate/work-toward-net-zero.html?icid=toggle_tw_en) [Stand: 27.09.2025]].

auch die gesundheitlichen Konsequenzen der Krise auf die gesamte Bevölkerung auffangen müssen. Klimaschutzmassnahmen müssen also nicht nur der Bekämpfung der Klimakrise, sondern auch dem Schutz der Bevölkerung dienen.

Das kann nur durch eine nachhaltige Wirtschaftstransformation garantiert werden. Klimaschädliche Sektoren müssen nachhaltig umgebaut und gewisse, allen voran der Fossilenergiesektor, ganz aufgegeben werden. Gleichzeitig müssen nachhaltige Sektoren wie der Care-Sektor massiv ausgebaut werden. Die Care-Krise ist real, der Sektor ist chronisch unterfinanziert und die Krise wird sich in den nächsten Jahren akut verschärfen, da auch die Anzahl an pflegebedürftigen Menschen zunehmen wird. In die Zukunft zu investieren bedeutet, in die Allgemeinheit zu investieren.

Die Dekarbonisierung bringt dabei grosse Chancen mit sich: Potenziell könnten weltweit bis 2050 rund 300 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.⁴⁹ Die Schweiz darf sich nicht durch eine rückschrittliche Klima- und Wirtschaftspolitik abhängen lassen.

Öffentliche Dienstleistungen

Bei den öffentlichen Dienstleistungen gilt es vor allem, den öffentlichen Verkehr in den Fokus zu stellen. Der Verkehr ist mit einem Anteil von 33,6 % aller Inlandemissionen der klimaschädlichste Sektor.⁵⁰ Diese Emissionen sind seit 1990 lediglich um 7 % gesunken.⁵¹ Der nachhaltige Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist deshalb dringend notwendig. Bundesrat Rösti macht aber das Gegenteil: Trotz verllorener Abstimmung will er den Autobahnausbau vorantreiben. Diese Tendenzen müssen wir

aufhalten! Wir brauchen ein bezahlbares und nachhaltiges ÖV-Angebot. Die Initiative für eine Zukunft kann auch hier die nötigen finanziellen Mittel beisteuern, damit die Ticketpreise nicht stetig steigen.

Auch die Energiewende muss endlich vorangetrieben werden. Noch immer werden 80 % der Schweizer Energieversorgung durch das Verbrennen von fossilen Energieträgern und Atomenergie gedeckt. Für die schnelle Senkung der Emissionen hin zu Netto-Null müssen wir aber ganz von der fossilen und atomaren Energiegewinnung wegkommen. Der Ausbau der Erneuerbaren muss schneller vorankommen und dafür braucht es Investitionen. Gleichzeitig muss nachhaltiger Strom für die breite Bevölkerung erschwinglicher sein als die klimazerstörerischen Alternativen.

Umbau der Wirtschaft

Der Kapitalismus ist die Ursache der Klimakrise. Entsprechend müssen wir unsere Wirtschaft umbauen, wenn wir diese Krise ernsthaft und an ihrer Wurzel bekämpfen wollen. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das auf nachhaltige Art und Weise auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist und nicht auf die Profitgier einiger weniger. Nur so schaffen wir eine zukunftsfähige Gesellschaft.

DARUM:

JA am 30. November
**ZUR INITIATIVE
FÜR EINE ZUKUNFT!**

49 ebenda

50 Bundesamt für Umwelt (o. D.): Treibhausgasemissionen des Verkehrs. (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten/treibhausgasinventar/verkehr.html>) [Stand: 27.09.2025]].

51 Bundesamt für Umwelt (2025): Kenngrößen zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz 1990-2023. (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten/treibhausgasinventar/verkehr.html>) [Stand: 28.09.2025]].